



DER LANGE LEIDENSWEG DER GROßBAUSTELLEN

Von Rotbauchunken und Moorfröschen oder warum staatliche Großprojekte immer aus dem Ruder laufen

Nachrichten vom Baufortschritt beim Berliner Großflughafen BER nimmt keiner mehr ernst. Gleiches gilt für die Elbphilharmonie in Hamburg, die BND-Zentrale in Berlin oder Verkehrsverbindungen. Sind wir, wie kürzlich eine Tageszeitung schrieb, ein „Land der Versager“? Bleiben wir mal beim Flughafen BER. Vor zehn Jahren sollte er 1,7 Mrd. kosten, heute sind es 5, später etwa 8 Mrd. Euro. Ursachenforschung gefällig? Bei der Planung wird, um sich die Akzeptanz



der Bevölkerung zu sichern, ein Projekt an der finanziellen Untergrenze gestartet, damit beginnt der Betrug am Steuerzahler. Dann nimmt man aus vorgeblichen Ersparnisgründen keinen Generalunternehmer, weil eigenes Management billiger sei, welch eine Selbstüberschätzung! Während der Bauphase wird alles schön geredet, bis unausweichlich der erste große Knall kommt. Schuldzuweisungen folgen und der Hinweis, ein Projekt-Abbruch würde noch teurer sein. Was ist daraus zu schließen?

Controlling: Der Steuerzahler hat Anspruch auf totale Transparenz. Unabhängige und professionelle Gutachter sollten künftig im öffentlichen Auftrag Quartalsberichte über den Baufortschritt, die Terminlage und die Kostensituation veröffentlichen.

Aufsichtsrat: Es ist Zeit, festzustellen, dass hohe politische Amtsträger wie Bürgermeister, Ministerpräsidenten oder Minister kein geeignetes Aufsichtspersonal für Bauvorhaben sind.

Ihre Amtsgeschäfte nehmen sie voll in Anspruch, sie haben Verpflichtungen gegenüber Beteiligten, müssen Rücksicht auf die Wählergunst nehmen und sind meistens keine begnadeten Manager. Echte Profis aus der Wirtschaft sind gefragt, was zwar kein Allheilmittel, aber ein Fortschritt wäre.

Gesetzeslage: Das Baurecht und die Umweltbestimmungen müssen kräftig entrümpelt werden, zum Schutz des Bauherrn und des Steuerzahlers einfacher und schneller gemacht und die Regelungswut rigoros abgebaut werden.

Beispiel BER: Für die Sprinkleranlage ist eine Notfall-Ersatzanlage eingebaut worden, jetzt soll eine weitere Ersatzanlage für die Ersatzanlage installiert werden. In der Nachbargemeinde Diepensee musste mit 300.000,- Kosten und 3 Jahren Dauer ein Teich mit Rotbauchunken und Moorfröschen umgesiedelt werden, obwohl dieser aus DDR-Zeiten dioxinverseucht und damit Sondermüll war. Das Land Brandenburg setzte plötzlich Lärmschutzvorschriften für 700 Mio. durch, und das ganze 3 Jahre nach dem ursprünglichen Eröffnungstermin. Vielleicht gibt es 2018 das erste Konzert an der Elbe, den ersten Flug vom BER. Nur der schrullige Kurt Beck wird zur Eröffnung seines Flops, der 350 Mio. teuren Nürburgring-Kirmes nicht anwesend sein, der ganze Klimbim wird abgerissen. Auch eine Lösung!

-gm

Das Osterloch

Durch die Medien geisterte während der Osterferien noch immer bei entsprechenden Beiträgen das Bild des roten Rentenpakets, präsentiert von der Sozial-Wuchtrumme Nahles, dazwischen auch mal ihr Foto mit dem Mindestlohnplakat. Abgesehen vom Ukrainekonflikt war es eher ruhig, man spürte, dass die großen Akteure im Urlaub waren. Bis Ostermontag, dann kam einer aus der zweiten Reihe, Torsten Albig (SPD) mit dem tollen Vorschlag, die Autofahrer sollten zu Kfz-, Öko-, Mineralöl-, Kfz-Versicherungs-, Mehrwertsteuer, LKW-Maut sonst noch was eine Straßenbenutzungsgebühr von 100 Euro pro Jahr zahlen. Der Mann hatte wahrscheinlich einen Eiweißschock von zu vielen Ostereiern oder ist im Job als Ministerpräsident Schleswig-Holsteins schlecht ausgelastet. Lieber Herr Albig, wenn Sie wieder mal in die Medien kommen wollen, informieren Sie sich doch erst mal. Die Deutschen Autofahrer zahlen jedes Jahr ca. 50 Mrd. Euro der oben genannten Steuern, nur ca. 20 Mrd. davon landen im Verkehrs-Haushalt, der Rest fließt in die Verteidigung, Soziales oder dubiose Subventionen. Wir sind für ein Gesetz, das diese Einnahmen dem Straßenbau garantiert, dann hätten wir tolle Straßen und könnten auf schwachsinnige neue Steuerideen verzichten.



Günter Morsbach

Mann des Monats

In der letzten Ausgabe schrieben wir darüber, dass nach Umfragen die Deutschen wieder näher zusammenrücken, Nachbarschaftshilfe und Vertrauen wieder echte Werte wären. FOCUS berichtete von der Familie Kipsch aus dem Thüringer Dorf Pottiga. Beide Eltern starben bei einem Autounfall und ließen neun Waisenkinder zurück. Bürgermeister Wolfgang Sell übernahm die Verantwortung, sorgte mit anderen Dorfbewohnern dafür, dass die Kinder nicht auf verschiedene Heime verteilt wurden und organisierte das Weiterleben als Familie in dem 412-Seelen-Dorf. Er hat bisher alle bürokratischen Hürden gemeistert und die Kinderfamilie zusammen gehalten. Chapeau Wolfgang Sell!

-jm

Impressum: reitender-bote.de/impressum



Das Politik-ABC:
reitender-bote.de/politik-abc



Täglich Updates!
facebook.com/reitenderbote



Alle Ausgaben als PDF in
unserem Archiv:
Hier klicken